

**Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen**  
(62. - öffentliche - Sitzung am 2. Dezember 2015)

**Beratungsthemen:**

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Beteiligungskultur innerhalb der Hochschulen**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/3949](#)

*Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen schloss er sich gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Wissenschaft und Kultur an, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 25 anzunehmen.*

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung personalvertretungsrechtlicher Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/3759](#)

*Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen, gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP votierte er gegenüber dem - federführenden - Ausschuss für Inneres und Sport dafür, dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfes in der Fassung der Vorlage 18 zu empfehlen.*

3. **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2016**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/4188](#)

*Diesen Punkt setzte der - mitberatende - Ausschuss von der Tagesordnung ab, da noch keine Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen vorlag.*

4. **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016 - HG 2016 -)**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/4093](#)

*Diesen Punkt setzte der - mitberatende - Ausschuss von der Tagesordnung ab, da noch keine Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen vorlag.*

5. **Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Jugendarrestvollzuges in Niedersachsen**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/4111](#)

*Der - federführende - Ausschuss benannte eine Reihe von Anzuhörenden für eine mündliche Anhörung, die am 13. Januar 2016 stattfinden soll. Er behielt sich vor, in der nächsten Sitzung weitere Anzuhörende zu benennen.*

6. **Das Angebot von ambulanten Psychotherapiemöglichkeiten für Sexualstraftäter ausbauen!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/4360](#)

*Der - federführende - Ausschuss ließ sich vom Justizministerium über den Sachstand unterrichten und setzte die Beratung des Antrags fort. Einmütig bat der Ausschuss den Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration, aus seiner fachlichen Sicht zu dem Antrag Stellung zu nehmen. Wenn diese Stellungnahme vorliegt, will der Ausschuss über das weitere Verfahren beraten.*

## 7. Verfassungsgerichtliche Verfahren

Verfassungsbeschwerde der Frau Zeynep Aslan,  
Breslauer Straße 3/1, 71065 Sindelfingen,

Bevollmächtigte: Rechtsanwälte Schnabel & Kollegen,  
Brunnenstraße 19, 70372 Stuttgart –

### 1. Unmittelbar gegen

- a) das Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 12. August 2010 – 2 AZR 593/09 –,
- b) das Urteil des Landesarbeitsgerichts Baden-Württemberg vom 19. Juni 2009 – 7 SA 84/08 –,
- c) das Urteil des Arbeitsgerichts Stuttgart vom 15. Oktober 2008 – 14 Ca 7300/07 - ,
- d) die Abmahnung der Stadt Sindelfingen vom 8. August 2007 – 10.2 – ST-,

### 2. mittelbar gegen

§ 7 des Gesetzes über die Betreuung und Förderung von Kindern in Kindergärten, anderen Tageseinrichtungen und der Kindertagespflege des Landes Baden-Württemberg,

dem Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen zur Beratung und Berichterstattung überwiesen durch Schreiben des Landtagspräsidenten vom 21. Oktober 2015.

*Der Ausschuss empfahl dem Landtag, von einer Stellungnahme gegenüber dem Bundesverfassungsgericht abzusehen.*